

Wehrpflicht wieder einführen?

Gibt es bald wieder eine Wehrpflicht in Deutschland? Ich bin dieses Jahr 50 geworden. Als ich eine junge Erwachsene war, war es ganz normal, dass die Männer "zum Bund" gingen oder Zivildienst leisteten. Das bedeutet, dass die jungen Männer meiner Generation für ungefähr ein Jahr einen Militärdienst leisten mussten. Sie waren in dieser Zeit Soldaten. Wer das nicht wollte, konnte verweigern. Diese jungen Männer haben dann das Jahr in sozialen Einrichtungen gearbeitet, zum Beispiel in Krankenhäusern.

Jahrzehntelang war das selbstverständlich: Junge Männer in Deutschland mussten zur Bundeswehr. Doch seit 2011 ist das anders. Und jetzt diskutiert das Land erneut darüber, wie es weitergeht.

Fangen wir wieder bei der Geschichte an. Die allgemeine Wehrpflicht trat in Deutschland am 21. Juli 1956 in Kraft. Also einige Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Von da an waren alle Männer zwischen 18 und 45 Jahren wehrpflichtig. Über Jahrzehnte war die Bundeswehr eine der größten Armeen in Europa. Zu den Hochzeiten des Kalten Krieges hatte sie fast 500.000 Soldatinnen und Soldaten.

Dann änderte sich die Welt. Mit dem Ende des Kalten Krieges war die Verteidigung des eigenen Landes nicht mehr so wichtig. Wir fühlten uns sicher. Die Bundeswehr wurde kleiner. Der Verteidigungshaushalt wurde gekürzt, das heißt es wurde weniger Geld für das Militär ausgegeben. Die noch verbleibende Truppe konzentrierte sich mehr auf Auslandseinsätze. Für solche Einsätze brauchte man keine Wehrpflichtigen, sondern gut ausgebildete Spezialisten. 2011 wurde die Wehrpflicht schließlich unter Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg ausgesetzt. Sie wurde also nicht abgeschafft, sondern sozusagen pausiert. Das hatte vor allem finanzielle Gründe, denn eine Berufsarmee war günstiger zu organisieren.

Jetzt betone ich das Wort "ausgesetzt" noch einmal: Die Wehrpflicht steht noch immer im Grundgesetz. Das bedeutet, sie kann theoretisch jederzeit wieder aktiviert werden.

Und genau das ist jetzt wieder ein großes Thema. Der Grund dafür liegt vor allem in der Sicherheitslage in Europa. Russland führt einen Angriffskrieg auf die Ukraine. Das ist sehr nah. Deshalb will die Bundesregierung die Bundeswehr stärken. Bis 2035 soll es rund 260.000 aktive Soldatinnen und Soldaten sowie weitere 200.000 Reservisten geben. Das Problem: Ende Oktober 2025 waren es erst rund 184.000 Soldatinnen und Soldaten - also viel weniger.

Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Bundesregierung gehandelt. Der Bundestag stimmte am 5. Dezember 2025 für das sogenannte Wehrdienst-Modernisierungsgesetz. Am 1. Januar 2026 trat es in Kraft.

Aber was bedeutet dieses Gesetz genau? Ist das jetzt die Wehrpflicht? Nicht ganz. Der neue Wehrdienst beruht weiterhin auf Freiwilligkeit. Wer nicht zur Bundeswehr will, muss nicht hin. Dennoch gibt es eine wichtige Neuerung: Alle 18-Jährigen erhalten einen Brief mit QR-Code und werden gebeten, einen digitalen Fragebogen auszufüllen. Für Männer ist das Ausfüllen und Zurücksenden Pflicht – für Frauen freiwillig. Außerdem werden junge Männer ab dem Jahrgang 2008 verpflichtend gemustert, also medizinisch untersucht. Bei der Musterung wird überprüft, ob der Mann überhaupt körperlich in der Lage wäre, als Soldat zu dienen.

Wer sich freiwillig meldet, bekommt attraktive Angebote. Der Sold, das ist das Geld, das man als Soldat verdient, wurde deutlich angehoben, auf rund 2.600 Euro brutto im Monat. Wer mindestens zwölf Monate dient, bekommt außerdem einen Zuschuss von bis zu 3.500 Euro für den Auto-Führerschein

oder bis zu 5.000 Euro für einen LKW-Führerschein.

Aber was, wenn sich trotzdem nicht genug Freiwillige finden? Das Gesetz sieht die Möglichkeit einer sogenannten Bedarfswehrpflicht vor. Darüber müsste der Bundestag per Gesetz entscheiden – einen Automatismus gibt es nicht. Sollte es mehr potenzielle Wehrpflichtige als freie Stellen geben, soll sogar ein Losverfahren angewendet werden. Das erinnert mich etwas an die USA und den Vietnamkrieg, oder?

Nicht alle sind mit dem neuen Modell zufrieden. Militärhistoriker und Bundeswehr-Experten bezweifeln, dass die Bundeswehr ihren Personalbedarf allein aus Freiwilligen decken kann. Die Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 sei ein großer strategischer Fehler gewesen, sagen manche. Und vor allem gibt es Widerstand bei denjenigen, die es betrifft: Junge Männer und Jugendliche. Unter dem Motto „Schulstreik gegen Wehrpflicht“ gab es Kundgebungen in etwa 90 Städten. Der Protest richtete sich gegen die verpflichtende Musterung aller Männer und eine befürchtete Militarisierung der Gesellschaft. Schüler demonstrieren also weiterhin regelmäßig dagegen. Sie sagen: Alte Männer wie Bundeskanzler Friedrich Merz dürfen nicht beschließen, dass die jungen Männer in den Krieg ziehen müssen.

Gleichzeitig zeigen Umfragen, dass viele Deutsche das Thema anders sehen als früher. Eine Bevölkerungsumfrage des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr ergab, dass 53 Prozent der Befragten die Wiedereinführung eines Wehrdienstes für notwendig halten – sechs Prozentpunkte mehr als im Jahr davor.

Die Debatte ist also noch lange nicht abgeschlossen. Das neue Gesetz ist ein Kompromiss: keine echte Wehrpflicht, aber auch kein reines Freiwilligensystem mehr. Ob das reicht, um die Bundeswehr stark genug zu machen, wird die nächste Zeit zeigen. Ich persönlich kann nicht verstehen, dass wir angesichts

des Klimawandels weiterhin Kriege führen und Milliarden von Euro für Waffen ausgeben, anstatt uns gemeinsam um unseren Planeten zu kümmern. Und als Mutter eines Sohnes will ich natürlich nicht, dass mein Sohn zum Soldaten wird.